

Gutschein für Asylbewerber



Bargeld statt Gutscheine!!

Das rassistische Gutscheinsystem abschaffen!

In Niedersachsen erhalten Flüchtlinge im Gegensatz zu vielen anderen Bundesländern (Brandenburg, Hamburg, Berlin, Bremen, Hessen, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz) für ihren notwendigen Lebensunterhalt hauptsächlich „Gutscheine“ und nur wenig Bargeld.

Gutscheine werden den Flüchtlingen monatlich ausgehändigt. Sie können nur in bestimmten Geschäften eingetauscht werden. So ist es in der Regel unmöglich z.B. Medikamente in Apotheken, Busfahrtscheine in Bussen, Briefmarken oder ein Eis in der Eisdiele mit Gutscheinen zu erwerben. Auch werden nicht in allen Supermärkten

die Gutscheine akzeptiert. Einige Geschäfte beschränken außerdem die Ausgabe von Wechselgeld und manchmal wird sogar überhaupt kein Rückgeld gegeben.

Aufgrund dieser diskriminierenden, aber auch verwaltungsaufwendigen und teuren Praxis haben sich in ganz Niedersachsen in der Vergangenheit viele Kommunen wie z.B. Aurich, Göttingen, Hannover, Hildesheim, Lüneburg und Oldenburg immer wieder gegen das Gutscheinsystem ausgesprochen.

Trotzdem besteht die schwarz-gelbe Landesregierung weiterhin auf diesem Verfahren und weist die Kommunen an, auch gegen ihren Willen Gutscheine statt Bargeld auszugeben.



**Demo Samstag, 01.12.2012
um 12 Uhr in Hannover/Hbf.**



Rassistische Sondergesetze abschaffen!

Innenminister Schünemann (CDU) begründet dieses kompromisslose Vorgehen damit, dass der Zwang zu Gutscheinen direkt aus dem Asylbewerberleistungsgesetz des Bundes hervorgehe. Andere Landesregierungen sehen dies jedoch offensichtlich anders. So spricht sich z.B. der Sozialminister in Brandenburg, Günter Baaske, eindeutig für die Ausgabe von Bargeld aus:

„Alle Kreise und kreisfreien Städte, die Geld an Asylbewerber auszahlen, handeln rechtskonform. Ich wünsche mir sogar ausdrücklich, dass in ganz Brandenburg Bargeld grundsätzlich den Vorzug erhält. Denn das veraltete Gutscheinsystem ist für die Betroffenen in der Regel völlig ungeeignet, zu teuer und auch diskriminierend“. (presseinformation potsdam, 04.11.2011).

Innenminister Schünemann dagegen fordert weiterhin die Ausgabe von Gutscheinen und benennt in einer Stellungnahme an die Stadt Oldenburg vom 10.4.2012 offen die eigentliche Begründung: Wertmarken (so werden die Gutscheine hier genannt) haben im Vergleich zu Bargeld „eine verminderte Anreizwirkung“ für Flüchtlinge zur Einreise und zum Verbleib. Das bedeutet: Die diskriminierende Funktion des Gutscheinsystems ist politisch gewollt, sie soll Flüchtlinge abschrecken, hierher zu kommen!

Die Ausgabe von Sachleistungen oder Gutscheinen dient der Schikane, Kontrolle und Disziplinierung der geflüchteten Menschen und macht ihnen jeden Tag deutlich, dass sie in Deutschland nicht willkommen sind. Sie bedeutet Bevormundung, Demütigung und Stigmatisierung von Flüchtlingen.

Die Ausgabe von Gutscheinen ist aber nur ein Teil der deutschen und europäischen Politik gegen Flüchtlinge. Sie werden gezwungen, in Lagern zu

leben. Sie dürfen den von den Behörden ausgesuchten Aufenthaltsort nicht verlassen (Residenzpflicht). Sie dürfen nicht arbeiten. Die reichen Staaten des Westens schotten ihre Grenzen so ab, dass die wenigsten Flüchtlinge eine Chance haben, hierher zu kommen, geschweige denn Asyl zu bekommen. Die meisten Flüchtlinge werden direkt zur sogenannten freiwilligen Ausreise gezwungen bzw. unmittelbar in Abschiebehaft genommen.

Mit all diesen rassistischen Gesetzen werden die Grundrechte von Flüchtlingen verletzt, insbesondere das Recht auf ein soziokulturelles Existenzminimum, das Grundrecht auf Wahrung der Menschenwürde, das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, der Gleichheitsgrundsatz und das Grundrecht der Informationsfreiheit.

Unterzeichnet/Unterzeichnen Sie bis zum 27.11. die Petition zur Abschaffung des Gutscheinsystems, die an den niedersächsischen Landtag gerichtet ist: <http://www.solitausch.org>

Am Donnerstag, den 29.11. wird die Petition dem Landtag übergeben.

Drei Tage später, am Samstag, den 01.12.2012 findet in Hannover eine landesweite Demonstration statt, für die Abschaffung des Gutscheinsystems und aller anderen rassistischen Sondergesetze. Kommt alle am 01.12. um 12.00 Uhr nach Hannover, um für die Rechte von Flüchtlingen einzutreten!

***Weg mit dem rassistischen Gutscheinsystem!
Gegen alle rassistischen Sondergesetze!
Für ein selbstbestimmtes Leben!***

Demo **Sa.1.12.2012**-12Uhr Hannover Hauptbahnhof